KARIKATUR

In aller Munde.

KOMMENTARE

Ansturm auf die Gesamtschulen

Missglückte Reform

Von Marion Kaufmann

Der Trend zeigt sich schon seit Jahren: Die in Brandenburg eigentlich als Auslaufmodell gedachten Gesamtschulen erfreuen sich riesiger Beliebtheit. Der Ansturm auf die verbliebenen Einrichtungen ist sogar so groß, dass nicht alle Schülerwünsche erfüllt werden können. Das ist ein Problem, zumal es in einigen Regionen weiße Flecken, sprich gar keine Gesamtschulen gibt: Nicht jeder bekommt in Brandenburg die Bildung, die er gerne möchte.

Die Beliebtheit der Gesamtschulen hat mehrere Gründe: Die meisten Einrichtungen sind auf Ganztag ausgerichtet. Zudem können die Gesamtschulen, die oft mehr Schüler aufnehmen als Gymnasien, mehr Angebote vorhalten. Der entscheidende Vorteil, den immer Eltern zu schätzen wissen: Die Gesamtschule lässt den Kindern im Vergleich zum Gymnasium ein Jahr mehr Zeit bis zum Abitur.

Fast zehn Jahre danach muss man also feststellen: Brandenburgs Schulstrukturreform von 2005 ist nicht richtig geglückt. Von einem zwei- auf ein dreigliedriges System umzustellen, war angesichts des Schülerrückgangs nötig. Aber: Die Oberschule als nun zweite Säule neben dem Gymnasium hat noch immer Akzeptanzprobleme – vor allem deshalb, weil sie nicht zum Abitur führt. Eltern wünschen sich eine Schulform, die auch Spätzündern ohne weiteren Schulwechsel alle Möglichkeiten offenlässt. Die Gesamtschule eben. Das hat Rot-Schwarz seinerzeit verkannt.

Gerangel um „kalte Progression“

Unheimliche Abkassiererei

Von Reinhard Zweigler

Die Kunst der Besteuerung bestehe darin, die Gans so zu rupfen, dass man möglichst viele Federn bei wenig Geschrei erhalte, notierte einst Jean Baptiste Colbert. Die heutige „kalte Progression“ hat der erfindungsreiche Finanzminister von Ludwig XIV. nicht gekannt. Dabei handelt es sich ebenfalls um eine heimlich-unheimliche Abkassiererei des Fiskus. Nur geht das staatliche Abkassieren völlig geräuschlos vonstatten. Der Staat profitiert unverschämterweise und völlig ungeniert davon, dass Lohnerhöhungen durch höhere Steuersätze wieder aufgefressen werden.

Die kalte Hand des Fiskus nimmt auf diese Weise, in einer Art Mitnahmeeffekt, schätzungsweise rund acht Milliarden Euro im Jahr mehr ein. Vor allem Steuerzahler, denen der Obolus an den Staat gleich mit dem Lohn abgezogen wird, bekommen die kalte Progression zu spüren. Ihnen werden die Federn gerupft, ohne dass sie sich dagegen wehren können. Dass Problem ist zwar lange bekannt, doch wirksam dagegen angehen will die schwarz-rote Koalition offenbar nicht. Was zurzeit in Berlin zu hören ist, sind lediglich wohlfeile Absichtserklärungen.

Schwarz-Rot fehlt offenbar der politische Mumm, dem Steuer-Irrsinn der kalten Progression ein für alle Mal einen Riegel vorzuschieben.

WWW.MAZ-ONLINE.DE

● **Am meisten geklickt:** Erste Crystal-Meth-Abhängige in Oberhavel | Vier Schafe in einem Tierpark in Dahme (Teltow-Fläming) getötet | Tausende Besucher beim Baumblütenfest in Werder | Debatte über Helmpflicht für Radfahrer | Letzte Party in der Alten Brauerei in Potsdam

GEWINNQUOTEN

17. SPIELWOCHE 2014

Lotto am Samstag 6 aus 49:

Klasse 1:	unbesetzt
Jackpot:	4 497 471,30 €
Klasse 2: 3x	612 539,60 €
Klasse 3: 93x	9879,60 €
Klasse 4: 801x	3441,20 €
Klasse 5: 4319x	212,70 €
Klasse 6: 44 764x	41,00 €
Klasse 7: 77 530x	23,70 €
Klasse 8: 808 283x	10,20 €
Klasse 9: 590 410x	5,00 €

Auswahlwette 6 aus 45:

Klasse 1:	unbesetzt
Jackpot:	209 989,50 €
Klasse 2:	unbesetzt
Jackpot:	14 181,30 €
Klasse 3: 8x	909,90 €
Klasse 4: 541x	26,90 €
Klasse 5: 516x	14,10 €
Klasse 6: 8449x	2,80 €

Spiel 77:

Klasse 1:	unbesetzt
Jackpot:	6 305 130,00 €
Klasse 2: 4x	77 777,00 €
Klasse 3: 47x	7777,00 €
Klasse 4: 387x	777,00 €
Klasse 5: 3902x	77,00 €
Klasse 6: 38 906x	17,00 €
Klasse 7: 483 850x	5,00 €

13er-Wette:

Klasse 1: 1x	108 267,90 €
Klasse 2: 9x	6874,10 €
Klasse 3: 99x	624,90 €
Klasse 4: 1164x	66,40 €

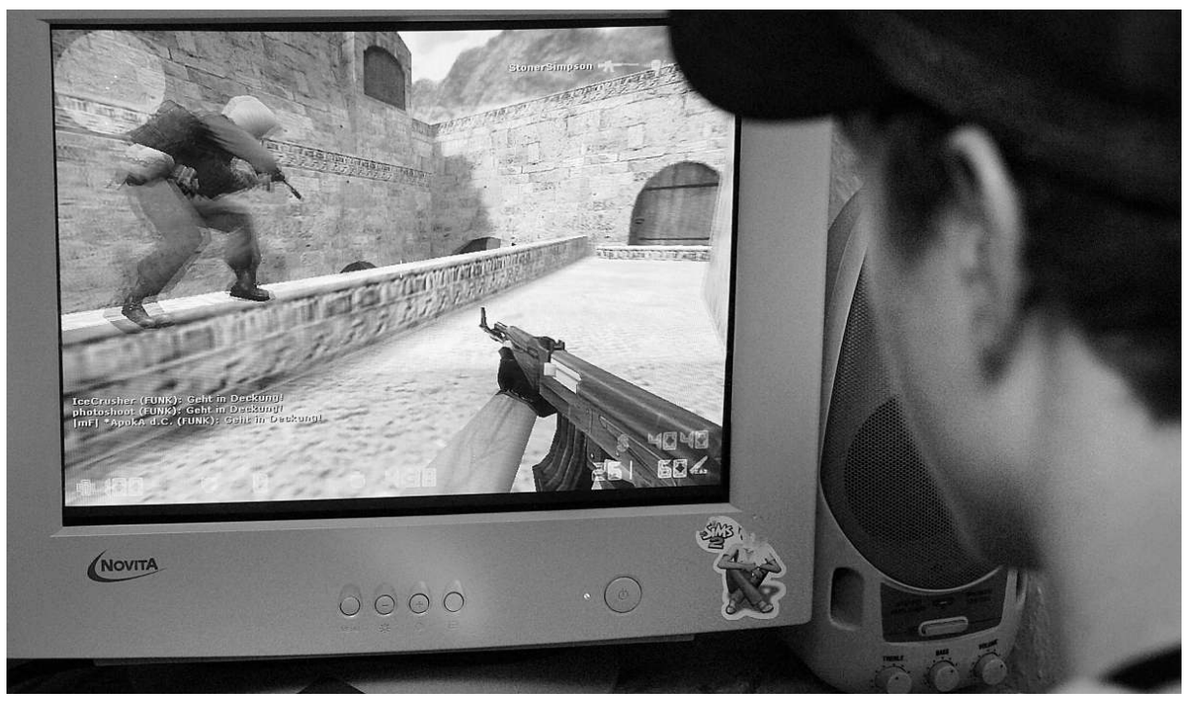
(Angaben ohne Gewähr)

GEWINNZAHLEN

Auswahlwette 6 aus 45: 1 5 11 15 28 37 **Zusatzspiel:** 33
13er-Wette: 0 2 1 1 0 1 0 1 2 1 0 0 2

Kinder nutzen Internet ganz selbstverständlich

Studie: Der Nachwuchs ist vor allem an Videos und Spielen interessiert



Daddeln, bis der Arzt kommt: Bei Spielsüchtigen dreht sich bald alles nur noch um den Computer. FOTO: DPA

Von Antje Schroeder

Berlin – Smartphone und Internet gehören für Kinder und Jugendliche zum Alltag. Sie gehen damit aber verantwortungsvoller um als gemeinhin angenommen. Das ist das Fazit einer Untersuchung, die der Hightechverband Bitkom gestern in Berlin vorstellte. Demnach sind 40 Prozent der Sechs- bis Siebenjährigen zumindest gelegentlich im Internet unterwegs, ab dem Alter von zehn Jahren haben fast alle Zugang zum Netz und nutzen es durchschnittlich 22 Minuten am Tag. 16-Jährige verbringen im Schnitt bereits 115 Minuten täglich am Online-Bildschirm, meist ein Smartphone. „Mit zunehmendem Alter werden Kinder im Umgang mit dem Internet versierter und die genutzten Anwendungen immer vielfältiger“, sagt Bitkom-Präsident Dieter Kempf. Während Jüngere im Netz vor allem spielen und Videos ansehen, sind fast alle älteren Jugendlichen in sozialen Netzwerken unterwegs. 83 Prozent der Älteren suchen im Internet Infos für die Schule oder die Ausbildung, 60 Prozent informierten sich via Internet über das aktuelle Geschehen in der Welt. Dabei verschiebt sich das Interesse mit zunehmendem Alter hin zu Online-Medien. Schon bei Zehnjährigen spielen 93 Prozent am Computer, 47 Prozent hören Musik online und 57 Prozent sehen Videos im Netz. Bei älteren Kindern sind die Zahlen noch höher.

Das bedeutet aber nicht, dass die klassischen Medien komplett an Bedeutung verlieren – im Gegenteil haben sie noch einen überraschend hohen Stellenwert. So spielen trotz des Übergewichts der Online-Spiele immer noch 71 Prozent der 16-Jährigen häufig oder manchmal ein klassisches Gesellschaftsspiel, 67 Prozent legen auch mal eine Musik-CD in das Abspielgerät (gegenüber 87 Prozent, die Musik online hören). Bücher lesen auch die Älteren noch am liebsten in gebundener Form: Nur 21 Prozent der Jugendlichen ab 16 lädt sich schon einmal ein E-Book herunter, während 72 Prozent häufig oder manchmal zu einem klassischen Buch greifen.

Beim Umgang mit den persönlichen Daten sind die Jugendlichen, zumindest wenn man ihren Aussagen in der Umfrage trauen mag, nahezu mustergültig: 88 Prozent der 16-Jährigen geben an, darauf zu achten, welche Informationen sie über sich selbst ins Netz stellen. Von den Zehnjährigen passen nur 32 Prozent auf. Insofern wirkt es sich günstig aus, dass in dieser Altersgruppe nur eine Minderheit von zehn Prozent Facebook, Whatsapp oder andere sozialen Netzwerke nutzt. Viele Eltern begrenzen, besonders bei jüngeren Kindern, die Zeit im Internet oder erklären, was erlaubt ist und was nicht. Es gebe aber auch einen signifikanten Anteil, der überfordert sei und nicht mit den Kindern über ihre Erfahrungen im Netz spreche, so Kempf.

Kulturpessimistischen Theorien wie der des Ulmer Psychiaters und Bestsellerautors Manfred Spitzer, wonach Computer den Kindern mehr schadeten als nützen, erteilt Kempf indes eine Absage. Durch Negieren könne man keinen verantwortlichen Medienkonsum erlernen.

Auch die in Zürich lehrende Lernforscherin Elsbeth Stern betont, Elektronik und Computertechnik seien nicht an sich schlecht. Die Schule müsse sich aber stärker um Dinge kümmern, die im Netz nicht stattfänden. So müssten die Schüler lernen, trotz GPS Landkarten zu lesen. Auch gebe es eine wachsende Tendenz im Netz, seine Meinung von sich zu geben. Man sollte aber eine Meinung auch begründen können. Zudem wäre es wichtig, wieder mehr Dinge auswendig zu lernen – etwa Vokabeln, die man zwar im Netz nachschlagen könne, aber im Gespräch brauche.

Isabell Rausch-Jarolimek, Geschäftsführerin der sicheren Kinder-Internetseite „fragfinn.de“, sagt, Kinder hätten im Internet „tolle neue Möglichkeiten“. Der richtige Umgang will aber gelernt sein. So müsse man Kindern beibringen, dass das Internet nur eine Informationsquelle sei – neben Bibliotheken und anderen. Hier werde an den Schulen noch zu wenig getan, so Rausch-Jarolimek.

Tipps für Eltern

Am Anfang sollten sich Eltern gemeinsam mit den Kindern vor den Computer setzen, rät der Verband Bitkom. Wichtig sei, altersgerechte Inhalte auszuwählen und die Zeit im Blick zu behalten. Bei den Medien ist es wichtig, dass die Kinder agieren statt sich berieseln zu lassen. Also besser bebilderte Geschichten als Videos, lieber im Netz malen oder komponieren statt daddeln.

Ab sechs Jahren sollte man die Kinder kontrolliert loslassen. In geschützten Surfräumen wie bei „fragfinn.de“ oder „blinde-kuh.de“ können sich diese allein bewegen, ohne auf kinderschädliche Inhalte zu stoßen.

Hilfreich kann auch Kinderschutz-Software sein. Man solle mit den Kindern aber auch über ihre Erfahrungen im Netz sprechen, mahnt der Bitkom.

Später sollten Kinder lernen, ihre Privatsphäre zu schützen und die von andern zu achten. Eltern müssen die Kinder im Umgang mit Downloads und dem Urheberrecht unterweisen. Sie sollten ihnen etwa auch beibringen, dass sie Fotos von Freunden nicht beliebig weiterverbreiten dürfen.

Wichtig ist zudem, die Themen Mobbing, Pornografie und Gewalt im Internet zu besprechen, damit sich die Kinder selbst schützen können.

IN KÜRZE

Anklage gegen Gregor Gysi weiter offen

Hamburg – Nach dem Abschluss der Ermittlungen gegen Linksfraktionschef Gregor Gysi wegen neuer Stasi-Vorwürfe will die Hamburger Staatsanwaltschaft aller Voraussicht nach Mitte Mai eine Entscheidung bekannt geben. „Jetzt geht es darum, eine Entscheidung zu treffen“, sagte Sprecherin Nana Frombach gestern. Die Ermittler prüfen seit Anfang 2013, ob der Politiker eine falsche eidesstattliche Versicherung abgegeben hat. Es geht um die Frage, ob er als Anwalt in der DDR mit der Stasi zusammengearbeitet hat oder nicht.

Urteil: ARD muss Wahlspot mit Hetze nicht senden

Berlin – Die ARD muss einen fremdenfeindlichen Wahlwerbespot der rechtsextremen Splitterpartei Pro NRW nicht ausstrahlen. Das urteilte das Berliner Verwaltungsgericht gestern in einer Eilentscheidung. Pro NRW hatte gegen den Sender RBB geklagt, der bundesweit die Wahlwerbespots im Ersten koordiniert. Den Richtern zufolge erfüllt der Spot zur Europawahl den Straftatbestand der Volksverhetzung. Gegen die Entscheidung ist noch eine Beschwerde möglich.

Gustl Mollath erneut mit Verfassungsbeschwerde

Nürnberg – Gustl Mollath will das Oberlandesgericht Bamberg zwingen zu verkünden, ab wann er unrechtmäßig in der Psychiatrie gesessen hat. Wie Mollaths Anwalt Gerhard Strate gestern sagte, hat er beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe Beschwerde eingereicht. Hintergrund ist ein Beschluss des OLG Bamberg von 2011, nach dem Mollath weiter in der Psychiatrie bleiben musste. Karlsruhe hatte 2013 entschieden, dass Mollaths Grundrecht auf Freiheit so verletzt worden war.

Katholischer Priester unter Kinderporno-Verdacht

Ellwangen – Gegen einen katholischen Priester aus dem baden-württembergischen Lauchheim wird nach Hinweisen kanadischer Ermittler wegen des Besitzes von Kinderpornografie ermittelt. Der Name des Geistlichen stand auf einer Liste, die das BKA an örtliche Strafverfolgungsbehörden weitergeleitet hatte, wie ein Sprecher der Staatsanwaltschaft Ellwangen gestern sagte.

Stasi-Unterlagen: Opfer wollen mitentscheiden

Berlin – SED-Opfer-Verbände wollen über die Zukunft der Stasi-Unterlagen-Behörde mitentscheiden. Hierbei handele es sich um eine Frage von grundsätzlicher Bedeutung, erklärte der Vorsitzende der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG), Rainer Wagner, gestern in Berlin. An der geplanten Expertenkommission zur Zukunft der Stasi-Unterlagen-Behörde müssten die SED-Opfer daher beteiligt werden, sagte er.

Stopp für versteckte Steuererhöhungen?

Debatte um „kalte Progression“ neu entbrannt. SPD besteht nicht auf steuerlicher Gegenfinanzierung.

Von Reinhard Zweigler

Berlin – Die Debatte um einen Abbau der heimlichen Steuererhöhung bei der Einkommenssteuer, der „kalten Progression“, nimmt Fahrt auf. Wieder einmal. Doch nun scheint wirklich Bewegung in die vertrackte Sache zu kommen, bei der Arbeitnehmer nach einer Lohnerhöhung unter dem Strich sogar weniger netto als vorher bleiben kann, weil sie mehr an Einkommenssteuer zahlen müssen und gleichzeitig die Inflation einen Teil des Lohnanstiegs entwertet. Es mehren sich die Signale, dass das bisherige Nein der schwarz-roten Koalition zum Abbau der Steuerprogression zu bröckeln beginnt. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) zeigt sich zunehmend gesprächsbereit und SPD-Vize-Kanzler Sigmar Gabriel besteht nicht mehr auf einer Gegenfinanzierung durch höhere Steuern.

Erst am Wochenende hatte Schäuble seine grundsätzliche Bereitschaft bekundet, die „versteckte Steuererhöhung“ anzugehen, die dem Fiskus rund vier Milliarden Euro zusätzlich in die Kassen spült.

Überraschend kam dann gestern der Schwenk des SPD-Chefs, der nun den Abbau der Steuerprogression „auch ohne Steuererhöhungen und auch ohne soziale Kürzungen“ für möglich hält. Bislang hatte die SPD das Thema nur angehen wollen, wenn im Gegenzug der Spitzensteuersatz angehoben würde.

Allerdings machte Unions-Fraktionschef Volker Kauder gestern deutlich, dass an der gegenwärtigen Steuerprogression so bald nichts geändert werde. Vor Beginn der zweitägigen Klausur der Spitzen der Koalition in Bonn meinte er, das Problem der „sogenannten kalten Progression“ könne erst ab 2015 oder 2016 angegangen werden. Vorher gebe es noch eine Reihe von Fragen zu klären. Darunter auch die, dass Länder und Kommunen bei der Eindämmung der Steuerprogression ebenfalls Einnahmen verlören, die sie dann vom Bund zurückfordern würden. Der Kanzlerin schmeckt die Debatte um Entlastungen bei der heimlichen Steuererhöhung, ausgerechnet kurz vor der Europawahl, ebenfalls ganz und gar nicht. Im CDU-Präsidium verwies sie gestern auf die milliardenschweren Ausgaben der Regierung für Mütterrente sowie für Bildung, Forschung und Verkehr. Über ein Forderungspapier von 30 jungen CDU-Parlamentariern, die ein Ende der kalten Progression verlangen, sei Angela Merkel „nicht froh“ gewesen.